

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

52. Sitzung
13. Februar 2020

Beginn: 13.05 Uhr
Schluss: 15.50 Uhr
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) fragt vor dem Hintergrund der Berichterstattung zu anhaltenden Mängeln des Kita-Navigators, was der Senat tue, um die unbefriedigende Leistungsfähigkeit und Qualität des Serviceangebots schnell zu verbessern.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet, der Kita-Navigator sei ein großes IT-Projekt unterschiedlicher Verwaltungen. Es gebe eine Verknüpfung mit dem Servicekonto Berlin, wo man Anträge stellen könne, und mit dem ISBJ-Verfahren, das alle Kitadaten beinhalte. Man habe den Eltern einen Überblick über alle 2 600 Kindertageseinrichtungen ermöglichen wollen. Die Eltern könnten die Konzepte der einzelnen Kitas sehen und ablesen, wo es einen freien Kitaplatz gebe. Sie könnten 10 Vorausfragen an Kindertageseinrichtungen stellen, wenn sie einen Platz haben wollten. Die Träger müssten antworten. Sie seien zur Pflege der Daten rahmenvertraglich verpflichtet. Die Senatsverwaltung sei im Kontakt mit den einzelnen Kindertageseinrichtungen.

Vor zwei Wochen habe man ein IT-Problem gehabt: ein Verknüpfungsproblem zwischen dem Servicekonto und dem ISBJ-Verfahren; dieses sei behoben worden. – Man schule weiterhin das Personal der Kindertageseinrichtungen. Sie sei zuversichtlich. Sie hoffe, dass die schriftlichen Wartelisten verschwänden. Die Eltern hätten Transparenz gewünscht. Bezüglich der Benutzerfreundlichkeit gebe es keine Kritik. Alles sei barrierefrei.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) erklärt, die Angabe der freien Plätze sei immer noch nicht korrekt. Hätten mittlerweile alle Kitas Plätze korrekt eingestellt? Falls nein: Was tue die Senatorin, damit das erfolge?

Holger Schulze (SenBildJugFam) antwortet, dass derzeit wahrscheinlich noch nicht alle Daten von allen Trägern vollständig erfasst seien. Aber seit Einführung des Navigators habe die Pflege der Daten deutlich zugenommen. Man habe überwiegend vollständige Daten. Der Kita-Navigator nutze vorhandene Daten von den Trägern. Die Grundbasis der Daten sei valide. – Träger könnten Verträge auch noch im Nachgang erfassen. Insofern handele es sich um einen permanent laufenden Prozess. Niemals seien alle Daten hundertprozentig aktuell. – Das Ziel, die Anzahl der Vormerkungen ins Bewusstsein der Träger zu bringen, werde gut angenommen. Ob jetzt alle Vormerkungen erfasst seien, könne man nicht sehen. Man prüfe anhand der vorliegenden Daten Plausibilitäten. Man schule regelmäßig.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) lobt, dass es auch Fortbildungen gebe. Die Kitaträger seien verpflichtet, freie Plätze zu melden. Es gebe Vormerkungen, aber die Vergabepaxis sehe anders aus. Welche Handhabe habe der Senat, die Kitaträger mehr in die Pflicht zu nehmen, zuverlässig und genau zu arbeiten?

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) bekräftigt, dass das System nur funktionieren könne, wenn alle mitmachen. Noch gewöhnten sich alle daran, dass es in Zukunft auf das online-gestützte System ankommen werde, es werde die Wartelisten ersetzen. Irgendwann sei die Phase des guten Zuredens vorbei. Dann müsse man Sanktionen in den Blick nehmen.

Karsten Woldeit (AfD) fragt, was geschehe, wenn ein Schulcaterer die Mittel für den Lohn nicht weitergebe. Wie solle mit Schulen umgegangen werden, die die Verträge dann nicht kündigen wollten?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) berichtet, dass die unterschiedlichen Verwaltungen das ganze letzte Jahr gemeinsam an einer Musterausschreibung gearbeitet hätten, denn man wolle in Berlin ein noch besseres Schulmittagessen anbieten. Bei Qualitätsverschlechterung sei Kündigung möglich. – Bei der Ausschreibung habe man einen Festpreis mit qualitativen Standards. Der Senat wolle 12,50 Euro Mindestlohn einführen. Die Caterer wüssten, dass der Mindestlohn eingepreist sei. Man werde mit den Caterern über die Umsetzung des Mindestlohns reden. Die Bezirke könnten beim Vorliegen von Gründen halbjährlich kündigen.

Karsten Woldeit (AfD) sagt, seine Fraktion unterstütze das Gesamtvorhaben. Gebe es bereits Bedenken von Caterern? Sei das Konzeptionierte in der Praxis umsetzbar?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) bemerkt, dass die Verwaltung mit den Caterern seit einem Jahr im Gespräch sei. Sie hätten genügend Möglichkeiten, sich vorzubereiten. Derzeit habe man 25 Caterer.

Dirk Stettner (CDU) fragt bezüglich des Brandbriefs aus Tempelhof-Schöneberg, unter welchen Voraussetzungen ein Bezirksamt den Senat proaktiv um Hilfe bitten müsse, damit dieser helfe, wenn er mitgeteilt bekomme, dass die Einhaltung der Schulpflicht nicht sichergestellt sei.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) erwidert, die Verfahren seien klar. Die Bezirke hätten Koordinierungsstellen, die in Zusammenarbeit mit den Schulaufsichten die Willkommensklassen koordinierten. Wenn es Probleme gebe, müssten die Koordinatoren dies der Schulaufsicht mitteilen. Eigentlich funktioniere dies. Es sei eine Lösung gefunden worden. Es gebe klare Verfahren. Eine sinnvolle Zusammensetzung der Klassen werde vorbereitet. Die Lehrer seien da.

Dirk Stettner (CDU) erwidert, das „erfolgreich absolvierte Verfahren“ habe in dem konkreten Fall nicht funktioniert. Das Schulamt Tempelhof-Schöneberg habe mehrfach um Hilfe gebeten, auch um Personal. Auf seine Anfrage an den Senat sei ihm mitgeteilt worden, dass dieser zwar Kenntnis davon gehabt, aber nichts getan habe, weil er nicht proaktiv um Hilfe gebeten worden sei. Wo liege der Fehler? Wie bitte man proaktiv, sodass der Senat helfe?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet: indem man deutlich schreibe, dass man ein Problem habe. Das habe in den Umfängen nicht stattgefunden. Das Schulamt habe die Dramatik in der Form der Schulaufsicht nicht mitgeteilt. Der Stadtrat habe gesagt, dass er das Thema regele. Es hätten sich Schulen gemeldet, die Willkommensklassen übernommen hätten. Dies werde jetzt organisiert.

b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) erklärt, der Berlin-Tag finde am 29. Februar statt. Für die Abgeordneten könnte eine Führung organisiert werden.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Schulentwicklungsplanung der beruflichen Schulen
und Oberstufenzentren (OSZ)**

(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0270](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/2326
**„Berlin hat Talent“ – evaluieren und inklusiv
weiterentwickeln**

[0275](#)
BildJugFam
IntArbSoz
Sport(f)

Dennis Buchner (SPD) meint, es handele sich um einen guten Antrag. Der Deutsche Motorik-Test werde in den 3. Klassen durchgeführt. In Berlin gebe es ein verbessertes Konzept. In sechs Bezirken gebe es „Berlin hat Talent“. Kindern könnten Sportangebote gemacht werden. Die Verwaltung solle das Konzept auf die anderen Bezirke ausweiten und eine Komponente für Kinder mit Behinderungen schaffen.

Paul Fresdorf (FDP) lobt den Antrag. „Berlin hat Talent“ sei ein gutes Programm, das Schüler für Sport begeistern könne. Ein Ausbau sei zu begrüßen.

Dirk Stettner (CDU) findet den Antrag ebenfalls hervorragend. Seine Fraktion werde sich allerdings enthalten, weil die Schwimmfähigkeit inkludiert werden sollte.

Philipp Bertram (LINKE) erwidert, man könne die Kinder nicht in der 3. Klasse ausbilden und gleichzeitig testen. Man habe den Ausbau der Schulschwimmzentren und obligatorische Nachschulungsangebote.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) sagt, sie freue sich über diesen Baustein. Zum Schuljahr könne man loslegen. In den Bereich Schulschwimmen seien mehr Ressourcen gegangen. Die Schwimmfähigkeitszahlen hätten sich verbessert. Bundesweit stehe Berlin gut da, aber man wolle sich natürlich verbessern. Jedes Kind solle früh schwimmen lernen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Antrag zu.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**11. Pflichtschuljahr für Jugendliche ohne
Ausbildungsvertrag**
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

[0170](#)
BildJugFam

- b) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/1221
**Gesetz zur Wiedereinführung des 11.
Pflichtschuljahres**

[0177](#)
BildJugFam

- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0219](#)
Zwischenbilanz der Arbeit der Jugendberufsagentur BildJugFam
und der BSO-Teams
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 28.03.2019

- d) Antrag der Fraktion der FDP [0228](#)
Drucksache 18/1701 BildJugFam
Ausbildungsbotschafter/innen an alle Berliner IntArbSoz(f)
Schulen
- e) Antrag der Fraktion der FDP [0261](#)
Drucksache 18/2106 BildJugFam
Meister dem Master gleichstellen: Abschlüsse IntArbSoz(f)
müssen kostenfrei sein Haupt

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) meint zu d), die Berufsorientierung in den Schulen solle für alle Schüler/innen verbessert werden, damit die Entscheidungen je nach Altersstufe, Lebensweg und Karriereweg gut getroffen werden könnten. Wenn man die – duale – Ausbildung mehr wertschätzen wolle, brauche man junge Azubis, die den Schüler/innen am besten vermitteln könnten, dass eine Ausbildung in ihrem Bereich gut sei, Spaß mache und ein realistischer Weg sei. In Baden-Württemberg würden mittlerweile 50 Prozent aller allgemeinbildenden Schulen mit einem solchen Programm abgedeckt. Das Konzept der Botschafter/innen sei sehr geeignet, zu werben.

Zu e): In Brandenburg gebe es eine Meisterprämie in Höhe von 1 500 Euro. In Berlin gebe es auch keine Entlastung bei den Prüfungsgebühren. Die Wertschätzung von Meister/inne/n solle sich auch monetär auswirken. Denn diese bildeten aus. Man brauche sie, um dem Fachkräftemangel etwas entgegenzusetzen. – Auf Bundesebene werde es im August 2020 eine Reform des Ausbildungs-BAföGs geben; aber diese beinhalte nur eine Übernahme von 50 Prozent der Kosten. Man müsse mit mehreren Tausend Euro in Vorleistung gehen. Dies reiche nicht, man brauche einen Anreiz.

Franziska Brychey (LINKE) legt dar, dass selbst der UVB die Einführung eines 11. Pflichtschuljahrs nicht für sinnvoll halte. Auch der BBB halte die Attraktivität der Bildungsgänge für entscheidend. Diese sollte gesteigert werden. Die Koalition habe die verbindliche Bildungswegedokumentation und die Datenweitergabe ernst genommen. Die Betreuung durch BSO-Teams werde umgesetzt. Die Einführung des 11. Pflichtschuljahrs werde als nicht sinnvoll angesehen. Der Übergang in Ausbildung sei ein Qualitätskriterium für jede Schule. Man könne messen, ob eine Schule in der Lage gewesen sei, eine gute Bildungsgangbegleitung zu machen und einen guten Übergang zu gestalten; die Anzahl derjenigen, die eine duale Ausbildung machten, solle nachverfolgbar sein. Leider kämen immer noch unorientierte Jugendliche an den OSZs an. Mit dem Systemwechsel gehe es darum, dass auch die Jugendlichen an den OSZs weiter beraten würden bezüglich der Wahl ihrer Lernfelder. – Man plane auch den Talentecheck. Wenn man das Landeskonzept neu strukturieren würde und Ausbildungsbotschafter/innen verbindlich für alle verankern würde, dann würden viel mehr Ressourcen als bisher

benötigt. Daher könne die Koalition heute dem Antrag zu d) nicht zustimmen, obwohl sie das Projekt gut finde.

Zu e): Nicht nur das Aufstiegsfortbildungsgesetz werde novelliert, die Lebenshaltungskosten würden künftig zu 100 Prozent übernommen und der Belohnungserlass bei bestandener Prüfung steige bei den Meister/innen auf 50 Prozent. Dies reiche ihr auch nicht. Aber solle das Land Berlin eintreten? Man habe hier die Meister/innen/gründungsprämie in Höhe von 15 000 Euro. Man wolle sich die Umsetzung des neuen Aufstiegsförderungsbildungsgesetzes ansehen, bevor man sofort den Meisterbonus einführe, da für das Meisterwerkstück auch schon Geld fließe.

Dennis Buchner (SPD) erklärt zu a), seine Fraktion befürworte, dass junge Menschen ohne Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag nach der 10. Klasse eine Perspektive bekämen. Mittelfristig sei daher ein 11. Pflichtschuljahr vorstellbar. Derzeit habe man mit IBA und BAM zwei hilfreiche Maßnahmen. Diese müsse man evaluieren. – Zu d): Ausbildungsbotschafter/innen könne man grundsätzlich als eines von vielen Mitteln einsetzen, um die Bereitschaft zur dualen Berufsausbildung zu steigern. Der Antrag reiche dafür nicht aus. Möglicherweise müsse man viel früher und anderswo ansetzen, weil die Bereitschaft, eine klassische Berufsausbildung anzustreben, wesentlich von den Eltern mitgeprägt werde. Ein Gesamtkonzept sei erforderlich. – Zu e): Das Thema spiele eher auf Bundesebene eine Rolle. Diesbezüglich wäre hilfreicher gewesen, wenn die FDP sich vor drei Jahren entschieden hätte zu regieren.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) kündigt die Ablehnung des Antrags zu b) an. Die Verlängerung der Schulpflicht um ein Jahr sei keine Lösung. Damit würden nur mehr Warteräume geschaffen. Stattdessen müsse vorher gezielt Berufsorientierung betrieben werden. Die Daten der Schulabgänger könnten an die Jugendberufsagentur gegeben werden, die diejenigen, die sonst verlorengingen, beraten könne. Die Jugendberufsagenturen müssten gestärkt und ihr Angebot ausgebaut und besser verzahnt werden. Deshalb den Pflichtschuljahrenbereich zu verlängern, sei nicht zielführend.

Bei girlsatec gebe es einige wenige ehrenamtliche Botschafterinnen. Die Mittel des Senats dafür seien nicht im Haushalt verstetigt. Nur eine kleine Zielgruppe könne mit dem ehrenamtlichen Engagement erreicht werden. – Sie finde die Diskussion über die Meisterprämie schizophren. Studiengebühren lehnten alle ab; der Ausbildungsweg der Meister/innen sollte genauso betrachtet werden wie der akademische. Aber die Koalitionsfraktionen zierten sich und vertagten. Dabei seien die Erleichterungen zum Teil kompliziert und noch nicht digital zu beantragen. Berlin halte nicht einmal mit Brandenburg mit, trotz direkter Konkurrenz. – Bei den Ausbildungsbotschafter/innen würden auch Eltern angesprochen. Man müsse die Kinder auch in der Grundschule ansprechen. Der FDP-Antrag zu Schulpaten sei in den Haushaltsberatungen abgelehnt worden. Hier werde mit zweierlei Maß gemessen, was im Hinblick auf die Ausbildung enttäuschend sei.

Dirk Stettner (CDU) unterstreicht die Wichtigkeit der dualen Ausbildung und des frühzeitigen Heranführens der Schüler an diese. Daher sei ein 11. Pflichtschuljahr nicht hilfreich. Wenn der Antrag zu d) durchgesetzt werde, sei dies eine frühe Heranführung. – Die Meisterqualifikation müsse finanziell mit dem Studium gleichgestellt werden.

Franz Kerker (AfD) erwidert, mit dem 11. Schuljahr sollten die Schüler/innen nicht irgendwo geparkt werden. Es gehe um verbindliche und geeignete Angebote. – Die Datenweitergabe sei nur bei Einwilligung möglich.

Andreas Wild (fraktionslos) sagt, es spreche nichts gegen Ausbildungsbotschafter/innen. Er verstehe allerdings nicht, warum diese sich besonders an Mädchen richten sollten. Man brauche Leute in den MINT-Berufen, wobei das Geschlecht keine Rolle spiele. In Deutschland gebe es kein geschlechtsgetrenntes Studiensystem, jede Frau könne ein gewünschtes Fach studieren. – Man brauche aber nicht nur Fachkräfte, sondern auch Mütter. Sollte man also nicht auch Mütterbotschafterinnen in die Schulen schicken? Man könnte sich auch Botschafterinnen für die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf vorstellen. – Es sei absurd, die Kosten für die Meisterausbildung den Teilnehmern oder den Ausbildungsbetrieben aufzubürden. Betriebe wendeten Kosten auf, um sich zu nutzen und die Lebensbiografien dieser späteren Meister zu verbessern. Das Land sollte dies unterstützen.

Dennis Buchner (SPD) erwidert, Mütterbotschafterinnen gebe es in skurrilen Sekten; sie seien politisch so ernst zu nehmen wie Abg. Wild. – In der akademischen Ausbildung verdiene man in der Regel kein Geld. Die Prüfung sei in der Tat gebührenfrei. Der Geselle habe ein Einkommen und könne weitere Ausbildung und die Prüfung von der Steuer absetzen oder durch den Betrieb finanzieren lassen. Das Meister-BAföG sei eine Errungenschaft. Es müsste eine einheitliche Regelung auf Bundesebene geben.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der AfD-Fraktion zu b) ab. Er lehnt die Anträge der FDP-Fraktion zu d) und e) ab. Er schließt die Besprechungen zu a) und c) ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.